

nen konnte, fest umschlungen, sie waren in einer Oberstufe auf dem Sopha eingeschlafen, bei der rasenden Schnelligkeit, mit der das Feuer um sich griff, vom Rauch erstickt und so getödtet worden. Von den Abgebrannten haben nur sechs versichert, es sind dabei einzelne Bürger, die sich bisher gut nährten, sich einer gewissen Wohlhabenheit erfreuten, gern versichern wollten, aber wegen Schindeldachung ihrer Häuser in keiner Versicherungsgesellschaft Aufnahme fanden und nunmehr ihr ganzes Hab und Gut verloren haben, rein zum Bettler geworden. —

Das königliche Justizministerium hat auf die Entdeckung des Mörders des Försters Klähr einen Preis von 200 Thlr. gesetzt. —

Eine Anzahl Mitglieder der sächsischen zweiten Kammer (die liberale Partei) hat eine Erklärung veröffentlicht, worin die Verantwortung für alles Unheil, was Sachsen getroffen, dem Minister von Bülow aufgebürdet und derselbe beschuldigt wird, die Kammer getäuscht zu haben. Es heißt darin:

In Bezug auf die Abstimmung in der Bundestagsitzung vom 14. Juni und die Parteinahme Sachsens in dem nunmehr beendigten Kriege haben wir die Ueberzeugung, daß hierbei die uns gegebenen Zusicherungen nicht erfüllt worden sind.

Beim Beginne des letzten außerordentlichen Landtages wurde uns unter anderem zugesichert: es werde, wie zeitlich, auch künftig nicht Aufgabe der Regierung sein, für eine der deutschen Großmächte Partei nehmend, Verbindungen einzugehen, sondern auf Erhaltung des bundesverfassungsmäßigen Landfriedens hinzuwirken und die Streitfragen auf bundesrechtlichem Wege zu erledigen.

Auf diese Zusicherungen konnten und mußten auch wir es für unbedenklich halten, für die Mobilisirung der sächsischen Armee zum Schutze des engeren Vaterlandes und des Thrones die Summe von mehreren Millionen zu bewilligen.

Inmittels war von der österreichischen Regierung die Mobilisirung mehrerer Bundesarmee-corps beim Bundestage beantragt worden.

Es konnte niemand zweifelhaft sein und ist gewiß auch die sächsische Regierung nicht zweifelhaft gewesen, daß von der preussischen Regierung die Annahme des vorgedachten Antrags als ein feindseliger Act gegen Preußen werde angesehen werden.

Es wurde daher am 13. Juni in unserem Einverständnis vom Abg. Schreck eine hierauf gerichtete Interpellation eingebracht und bei deren Begründung auf die Eventualitäten einer Abstimmung der vorerwähnten Art hingewiesen.

Die durch den Bundesbeschluß vom 14. Juni provocirte Kriegserklärung erfolgte — und wohin zog unsere tapfere Armee? sie zog in die Mitte der Armee desjenigen Staates, dessen Regierung vorher bei Eroberung von Holstein und Schleswig den Deutschen Bund ignoirte hatte und seit länger als einem halben Jahrhundert der ärgste Feind war der Rechte und Freiheiten des deutschen Volks.

Unsere Armee mußte, nachdem sie gegen 2000 Tapfere aus ihren Reigen verloren hatte, sich und

uns verkündigen lassen, daß nunmehr an Preußen dieselben Punkte bewilligt worden seien, deren Bewilligung die Staatsregierung vier Wochen vorher für unmöglich erklärt hatte! —

Durch die Einverleibung von Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt am Main erlangt Preußen, welches seither eine Ausdehnung von 5100 Quadratmeilen mit einer Bevölkerung von 19,300,000 Seelen besaß, einen Zuwachs von nahezu 1300 Quadratmeilen mit etwa 4,500,000 Einwohnern. Das eigene preussische Gebiet steigt auf 6400 Quadratmeilen, die Bevölkerung auf 23,800,000 Seelen. —

Der Kaiser von Oesterreich fängt bei sich selbst und bei seiner Hofhaltung zu sparen an. Er hat befohlen, daß der Hofaufwand für 1867 von 7 1/2 Mill. auf 5 Mill. ermäßigt werde, daß die Mitglieder der kaiserlichen Familie vermocht, einen großen Theil ihrer Ausgaben sparen zu lassen und bei den obersten Hofämtern bedeutende Einschränkungen angeordnet. —

Vor Ausbruch des Krieges hatte Oesterreich mit Bayern einen Separatvertrag geschlossen. Darin heißt es, daß Oesterreich nicht einseitig Frieden schließen und nicht zugeben werde, daß Bayern nur im geringsten in seinem Ländercomplex verfürzt werde. In beiden Punkten hat Oesterreich sein Wort nicht gehalten. —

Die bayerischen Kammern haben genehmigt, daß ein procentiges Anlehen von 30 Mill. Gulden zur Bestreitung der Kriegskosten an Preußen aufgenommen und für 15 Mill. unverzinstes Papiergeld gemacht werde. Die Kammer der Abgeordneten beantragte einen engeren Anschluß an Preußen, die der Reichsrathe war aber gar nicht damit einverstanden. Der Landtag ist vertagt. — Bayern war bis jetzt der einzige deutsche Staat, der kein Papiergeld besaß. —

Bekanntlich hatte die preussische Regierung bei dem neuen Abgeordnetenhaufe um Indemnität wegen der nicht bewilligten und doch gemachten Ausgaben nachgesucht. Im Hause entspann sich darüber ein harter Kampf; die obnebin sehr geschwächte Fortschrittspartei übte sich noch: während die Mehrzahl mit Gneist, Bismarck, Hooverbeck, Waldeck an der Spitze von der Regierung erst Thaten sehen will, die ein Einklenken in das verfassungsmäßige Regiment erkennen lassen, erklärt sich die andere Partei Zweenen und Michaelis damit zufrieden, daß durch die Militärreorganisation die großen Erfolge der preuss. Waffen herbeigeführt worden sind. Einzelne gestehen ein: Hätten wir gewußt, wozu Bismarck die Armeen verwenden wollte, wir hätten ihm keinen Pfennig verweigert. Bemerkenswerth ist eine Rede des Ministerpräsidenten, welche Preußens Lage nach außen nicht mit zu rothen Farben schildert: „In diesem Augenblicke sind die Aufgaben der auswärtigen Politik noch ungelöst, die glänzenden Erfolge der Armeen haben nur unsern Eintrag ins Spiel gewissermaßen erhöht, wir haben mehr zu verlieren als vorher, aber gewonnen ist das Spiel noch nicht. Aber je fester wir im Innern zusammenhalten, desto